N i e d e r s c h r i f t

**der 31. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 12.06.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Uwe Heft	Die Linkspartei. PDS	ab 17:30 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die Linkspartei. PDS	ab 17:30 Uhr
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	ab 17:25 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	bis 19:30 Uhr
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	bis 18:45 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE	
GRÜNEN		
Herr Matthias Dreßler	SKE	
Herr Dieter Lehmann	SKE	
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE	
Herr Dieter Schika	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Herr Dr. Tilo Biesecke	SKE
Frau Undine Klein	SKE
Herr Heiner Schneider	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
 - 4.1. Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischbebauung Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, 2. Änderung - Abwägungsbeschluss
Vorlage: IV/2007/06451
 - 4.2. Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischbebauung Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, 2. Änderung - Satzungsbeschluss
Vorlage: IV/2007/06452
 - 4.3. Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischgebiet Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, 3. Änderung - Änderungsbeschluss - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: IV/2007/06384
 - 4.4. Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischgebiet Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, 4. Änderung - Änderungsbeschluss - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: IV/2007/06399
 - 4.5. Erhaltungssatzung Nr. 18 Paulusviertel (1. Änderung)
Vorlage: IV/2007/06349
 - 4.6. Grundsatzbeschluss Umgestaltung der Neustädter Passage im Stadtteilzentrum Halle-Neustadt, 2. Bauabschnitt
Vorlage: IV/2007/06392
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU, zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06282
 - 5.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur verkehrsrechtlichen Kennzeichnung des Marktplatzes als Fußgängerzone
Vorlage: IV/2007/06402
 - 5.3. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Verkehrsentwicklung Riebeckplatz - Europastraße
Vorlage: IV/2007/06418
6. Anfragen von Stadträten
7. Anregungen
8. Mitteilungen
 - 8.1. mündliche Information zur Erarbeitung eines Baulücken- und Leerstandskatasters
 - 8.2. mündliche Information zum neuen BauGB

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Sänger eroffnete die Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit und die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischbebauung Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, 2. Änderung - Abwägungsbeschluss Vorlage: IV/2007/06451

Abwägung und Satzung wurden gemeinsam diskutiert.

Herr Lunebach gab eine Einführung.

Herr Wehrich ging auf ein Burgerschreiben ein und brachte zusätzliche Einwände vor.

- zu Pkt. 2.2.3 d der Abwägung – Festsetzung von Betriebs-, Liefer- und Öffnungszeiten, begründet mit § 9 Abs. 2 BauGB

Herr Lunebach erläuterte, dass § 9 Abs. 2 BauGB hier nicht zutrifft, betriebsorganisatorische Regelungen sind im B-Plan nicht möglich. Dies wird im Baugenehmigungsverfahren mit Prüfung des Bauantrages (Einhaltung der im B-Plan festgesetzten Immissionswerte) geprüft.

Herr Wehrich

- zu Pkt. 2.2.3 f Anordnung der klimatechnischen Anlagen zur Minderung der Schallimmission für das Wohngebiet

Antrag auf Aufnahme einer Anregung in die Begründung des B-Planes die Anlagen so anzuordnen, dass eine Abstrahlung nur nach Westen und Osten erfolgt.

Herr Lunebach erläuterte, das auch dieses Problem nicht auf der abstrakten Ebene des Bebauungsplanes sondern in der Baugenehmigung erfolgt.

Herr Lehmann sprach gegen den Antrag, eine Obergrenze der Schallimmission ist bereits in die Festsetzungen aufgenommen worden, die Diskussion ist überflüssig.

Frau Schlüter-Gerboth sprach für die Eindämmung von Schallimmission.

Abstimmung zum Antrag

Der Antrag wurde mit

2 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 6

Enthaltungen 2

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.1, Wohn- und Mischbebauung Halle- Büschdorf, Delitzscher Straße wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die in ihren Stellungnahmen abzuwägende Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischbebauung Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, 2. Änderung - Satzungsbeschluss
Vorlage: IV/2007/06452

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 6

Enthaltungen 2

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.1, Wohn- und Mischbebauung Halle- Büschdorf, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung als Satzung.

zu 4.3 Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischgebiet Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, 3. Änderung - Änderungsbeschluss - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: IV/2007/06384

Herr Lunebach erläuterte, dass bei in der Aufstellung großen Geltungsbereichen es in der Folge durch unterschiedliche Entwicklung in Teilbereichen zu Änderungen kommt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, den Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischgebiet Halle- Büschdorf, Delitzscher Straße in einem Teilbereiche in einem vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB ändern.
2. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.1 in der vorgelegten Fassung.
3. Der Entwurf ist öffentlich auszulegen.
- 4.

zu 4.4 Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischgebiet Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, 4. Änderung - Änderungsbeschluss - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: IV/2007/06399

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischgebiet Halle- Büschdorf, Delitzscher Straße in vier Teilbereichen in einem vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB zu ändern.

2. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.1 in der vorgelegten Fassung.
3. Der Entwurf ist öffentlich auszulegen.

zu 4.5 Erhaltungssatzung Nr. 18 Paulusviertel (1. Änderung) **Vorlage: IV/2007/06349**

Herr Lunebach erläuterte den grundsätzlichen Stand zu Überarbeitung der Erhaltungssatzungen sowie die Änderungen in der vorliegenden Erhaltungssatzung. Zielrichtung ist der Erhalt von Strukturen. Die Möglichkeit, steuerliche Vorteile in den Erhaltungssatzungsgebieten zu erzielen besteht nicht mehr. Dies war ein Grund für die Erarbeitung der bisherigen Satzungen.

Mit der Änderung der LandesBO ist eine Vorgartensatzung nicht mehr zulässig.

Die Erhaltungssatzungen werden nach folgenden Kategorien überarbeitet

1. besonderer Schutz von Gebieten mit Vorgärten
2. Aufhebung nicht mehr notwendiger Satzungen (Wegfall der Investitionserleichterung)
3. schützenswürdige Dorfrandlagen

Herr Dreßler fragte, was passiert, wenn bereits Stellplätze in Vorgärten des Paulusviertels errichtet wurden, ist ein Rückbau möglich?

Herr Lunebach antwortete, dass hier eine Differenzierung notwendig ist, da es tatsächlich genehmigte Stellplätze gibt. Über die jetzige 1. Änderung der Erhaltungssatzung kann die Genehmigung nicht rückgängig gemacht werden.

Herr Sänger fragte, ob wegen der beengten Straßenverhältnisse Parkplätze in den Hofbereichen angeordnet werden könnten. Welche Haltung hat die SV dazu?

Herr Lunebach antwortete, dass es bereits Stellplatzanlagen in Innenhöfen gibt. Dies ist abhängig von dem Vorhandensein von Hofdurchfahrten, dem Denkmalschutz (Flächendenkmal und viele Einzeldenkmale), Einhaltung der Immissionsschutzwerte, keine grundsätzliche Versiegelung der Hofflächen.

Er wies darauf hin, dass über kostenfreie Parkplätze diskutiert wird, die Bürger sind nicht in ausreichendem Maße bereit, Stellplätze zu bezahlen.

Herr Weihrich fragte, warum z. B. der Reilshof aus dem Geltungsbereich ausgespart wurde.

Herr Lunebach erklärte, dass die Erhaltungssatzung für den Reilshof zeitnah bearbeitet wird.

Herr Dr. Eigenfeld fragte, ob es notwendig ist, eine Flurstücksliste in die Satzung aufzunehmen und die Karte nicht ausreicht.

Herr Lunebach bestätigte die Notwendigkeit zur Vermeidung von formalen Fehlern. Das Gebiet ist zu groß, um eine flurstücksgenaue grafische Darstellung anzubieten.

Herr Geuther fragte, wie die Beurteilung eines Vorgartens auf Erhalt erfolgen soll.

Herr Lunebach antwortete, dass hier die städtebauliche Struktur ausschlaggebend ist und Sonderfälle immer abzuwägen sind.

Herr Felke fragte wie es mit der Erhaltungssatzung Nr. 7 Gründerzeitliche Geschäftsstraßen weiter geht.

Herr Lunebach antwortete, dass diese aufgehoben wird und für wichtige Gebiete neue Satzungen aufgestellt werden.

Herr Prof. Schuh war der Meinung, dass die SV zu viele Erhaltungssatzungen aufgestellt hatte und der erwünschte Erfolg von mehr Sanierungen ausblieb. Die Landesregierung hat den Schutz von Vorgärten mit der Sonderregelung in Frage gestellt. Wird hier nicht wieder ein Investitionshemmnis aufgebaut.

Herr Lunebach antwortete, dass der Schutz der Vorgärten in bestimmten Gebieten nicht unbedingt ein Investitionshemmnis darstellen muss, es kann auch genau wegen dieser Besonderheit zu Investitionen anregen.

Frau Prof. Vent wollte wissen, ob die HWG den Reilshof in seiner baulichen Struktur erhalten will.

Herr Sänger antwortete, dass dies der Fall ist, die Vorgartenstrukturen werden nicht verändert.

Herr Felke bat um eine Übersicht der Erhaltungssatzungen mit Zeitachse.

Herr Lunebach erläuterte die vorgesehene Zeitschiene:

- Überarbeitung/ Neuaufstellung der Satzungen zum Vorgartenschutz bis Ende 2007
- Aufhebung nicht mehr erforderlicher Satzungen bis I. Quartal 2008
- Bearbeitung der sonstigen Satzungen anschließend

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 9

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung der Erhaltungssatzung Nr. 18 Paulusviertel.

zu 4.6 Grundsatzbeschluss Umgestaltung der Neustädter Passage im Stadtteilzentrum Halle- Neustadt, 2. Bauabschnitt
Vorlage: IV/2007/06392

Herr Heinz gab Erläuterungen zur Anbindung der Piazza und zum Kunstwerk „Rufen und Hören“.

Frau Schlüter-Gerboth bedauerte, dass aus Kostengründen auf eine Brunnenanlage verzichtet wird.

Herr Sänger fragte, was getan wird, um die Attraktivität der bereits vorhandenen Gestaltung mit grünen Hügeln zu erhalten und vor Zerstörung zu schützen.

Herr Heinz antwortete, dass diese Problematik gerade bearbeitet wird.

Herr Dr. Eigenfeld ließ sich den Zusammenhang zwischen Finanzierung und Straßenausbaubeiträgen erläutern.

Herr Felke wollte wissen, ob es Gespräche mit dem Architekten des 1. BA gab.

Wurde bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-stimmen 9

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt die Variante „Sanierung der bestehenden Rampe Ost mit Anhebung des an der Rampe angrenzenden Weges auf das Niveau des Platzes der Tiefgarage sowie die Gestaltung des Platzbereiches mit Bäumen“ zur weiteren Planerarbeitung.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU, zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06282

Es wurde zu Beginn der Sitzung eine zusammenfassende Information zum Antrag verteilt.

Herr Möbius erläuterte die Problempunkte der vergangenen Diskussionsrunden zusammenfassend.

Herr Prof. Schuh machte den Vorschlag, keinen Schwerlasttransport auf der Brücke zuzulassen, um einen erweiterten Ausbau der Brücke zu vermeiden.

Herr Möbius erklärte, dass der Ausbau nur dann notwendig ist, wenn auch aus Richtung Norden Verkehr zugelassen wird, ein Schwerlastverbot hielt er für nicht durchsetzbar und betreffe vor allem die Fahrtrichtung in Richtung Norden.

Herr Lehmann schlug vor, den Schwerlasttransport nur für die Süd-Nord-Richtung zu unterbinden und Alternativen für die Erreichbarkeit der Altstadt anzubieten.

Herr Sänger fragte, wie viele Schwerlasttransporte pro Tag die Brücke passieren.

Herr Möbius antwortete, dass es ca. 200 KFZ pro Tag sind, die Zählungen und Staubeobachtungen können eingesehen werden.

Herr Wehrich stellte den GO-Antrag auf Ende der Debatte.

Herr Sänger sprach dagegen, weil die erneute Diskussion zur Klärung von Fragen beitragen soll.

Abstimmung des GO-Antrages

Dem Antrag wurde mit

6 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen

zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 5

Nein-Stimmen 5

patt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die jetzige „provisorische“ Verkehrsführung als Dauerlösung zu belassen sowie die Einmündung des Robert-Franz-Rings in die Mansfelderstrae entsprechend zu gestalten. Fahrzeuge aus dem Norden, die in Richtung Neustadt wollen, fahren die Ankerstrae und Schwemme in Richtung Hochstraße. Andere

zu 5.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur verkehrsrechtlichen Kennzeichnung des Marktplatzes als Fußgängerzone Vorlage: IV/2007/06402

Herr Dr. Eigenfeld knüpfte an die Ausführungen der Stadtverwaltung im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten an und erklärte den Antrag für erledigt, falls die Stadtverwaltung eine klarere Beschilderung am Marktplatz zusagt und zeitnah umsetzt.

Herr Dr. Pohlack gab die Zusage für eine eindeutigere Beschilderung.

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Marktplatz wird mittels Verkehrsschildern als Fußgängerzone gekennzeichnet. In diesem Zusammenhang wird auf das zeitlich begrenzte Fahrradfahrverbot auf dem Platz hingewiesen.

zu 5.3 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Verkehrsentwicklung Riebeckplatz - Europastraße Vorlage: IV/2007/06418

Herr Möbius erläuterte, dass der Einfluss der Osttangente auf die Entlastung des Riebeckplatzes nicht eindeutig zuzuordnen ist. Zählungen wurden und werden durchgeführt. Die Interpretation von Zahlergebnissen ist schwierig, da verschiedene Faktoren auf die Entwicklung der Verkehrsmengen wirken.

Herr Heft stellte folgende Fragen

1. Ist die Auslegung der Brücke für Fahrzeuge höher als 12 Tonnen wirklich notwendig?
2. Ist eine Zweispurigkeit notwendig?
3. Was passiert innerhalb des Straßennetzes wenn eine Umleitung (Autobahnen) eingerichtet werden muss?

4. Was kann und will die Stadt sich leisten?

Herr Sänger gab den Hinweis, dass gerade neue Stützen gebaut wurden.

Herr Geuther wies darauf hin, dass der Baubeschluss bereits erfolgte.

Herr Heft meinte, dass die Verwaltung hier mehrfach wider besseres Wissens gehandelt hat. Der Ausbau der HES wurde mit der Entlastung der Merseburger Str. und des Riebeckplatzes begründet und umgekehrt. Die Stützen müssen nicht verändert werden. Zur Zeit wird auch nur einspuriger Verkehr zugelassen. Trotz eines vorhandenen Baubeschlusses sollte sorgsam mit den Mitteln umgegangen werden und überprüft werden, ob Einsparungen auch durch Umleitung des Schwerlastverkehrs möglich sind.

Herr Dr. Pohlack erklärte, dass der FB 66 beauftragt wurde, Varianten in Bezug auf die Belastung und in Bezug zu den Kosten aufzuzeigen. Diese werden im PA vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 4

Nein-Stimmen 5

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, mit Inbetriebnahme der Europastraße bis Grenzstraße, die mit der Investition HES Gewerbegebiete-Ost verbundene Verkehrsentslastung des Riebeckplatzes zu ermitteln.

Dazu ist dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale)

1. die Belastung des Riebeckplatzes durch den den Riebeckplatz querenden Nord-Süd-Verkehr vor Beginn der Baumaßnahme HES Gewerbegebiete-Ost (als Variante „0“)
2. die Belastung des Riebeckplatzes durch den den Riebeckplatz querenden Nord-Süd-Verkehr mit der Fertigstellung der Autobahn A 14 bis Magdeburg (als Variante „1“)
3. die Belastung des Riebeckplatzes durch den den Riebeckplatz querenden Nord-Süd-Verkehr mit der Inbetriebnahme der Europastraße bis einschließlich Grenzstraße (als Variante „2“)

in einem Bericht bis November 2007 darzustellen.

Der Schwerlastverkehr ist gesondert auszuweisen.

zu 6 Anfragen von Stadträten

- **Herr Weihrich** fragte, wie der Stand der Aktivitäten der SV für den Bau einer Fahrradstation am Riebeckplatz ist und warum die Fahrradstation nicht in die laufenden Planungen einbezogen wird.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass erst ein Betreiber gefunden werden muss, um die Belastungen für die Stadt zu begrenzen.

Herr Weihrich sagte, dass Frau Szabados bereits Zusagen gemacht hat, die Fahrradstation über Sozialmittel zu bezuschussen.

Es erfolgt eine schriftliche Antwort.

- **Herr Dr. Eigenfeld** fragte nach dem Planungsstand der Delitzscher Str. in Bezug auf die Einsprüche von Anliegern, insbesondere der Firma Finsterwalder.

Herr Dr. Pohlack erklärte, dass die mit der Vorplanung im Juli/August, mit den Anliegern Gespräche geführt werden. Im September wird mit der Entwurfsplanung ein Katalog der Wünsche der Anlieger mit Abwägung vorliegen.

- **Herr Dr. Eigenfeld** fragte, ob die Buskonzessionen ausgeschrieben werden müssen.

Herr Möbius antwortete, dass dies die Stadt entscheiden kann.

- **Herr Felke** fragte, ob der Zustand der notwendigen Blockumfahrungen Delitzscher Str. mit untersucht wird und förderfähig ist und ob für den Ausbau der Delitzscher Str. wahrscheinlich ein komplettes Planfeststellungsverfahren notwendig ist.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass die Blockumfahrungen geprüft werden, eine Förderung ist zur Zeit nicht möglich, das Planfeststellungsverfahren muss komplett durchgeführt werden.

- **Herr Felke** fragte nach den zeitlichen Auswirkungen eines Zweckverbandes auf die FNP-Bearbeitung.

Herr Lunebach antwortete, dass hier die Satzung entscheidend ist, die noch nicht vorliegt. Mit einer Zeitverzögerung wird gerechnet.

- **Herr Ploß** fragte, ob der Mühlweg mit einem Dünnschichtauftrag versehen werden kann (fehlender Fahrradweg) und bat die Einfahrt Zollrein an der B 80 wegen Fahrbahnschäden (stark wellig) zu prüfen.

Es erfolgt eine schriftliche Antwort.

- **Frau Schlüter-Gerboth** fragte, ob am Riebeckplatz eine Privatschule eingerichtet werden soll.

Der SV ist nichts bekannt.

zu 7 Anregungen

- **Herr Felke** regte an, im PA gemeinsam mit der Vorsitzenden des GBR eine Diskussion zur veränderten Arbeitsweise des GBR durchzuführen.

Herr Lunebach sagte, dass der GBR dazu bereit sei, der PA sich aber noch nicht einig war, ob dies gewünscht ist. Die neue Arbeitsform läuft gut.

Herr Sänger schlug vor, dies für den Oktober vorzubereiten.

- **Herr Dr. Köck** regte an, in der Heideallee ab Weinbergweg eine Markierung vorzunehmen, um auf die unbeleuchtet parkende Fahrzeuge aufmerksam zu machen.

zu 8 Mitteilungen

- **Herr Dreßler** teilte mit, dass am 20.06.2007 um 11 Uhr eine Besichtigung des nördlichen Hochhauses am Riebeckplatz möglich ist.
- **Herr Ploß** teilte mit, dass das Aufstellen von Containern an der Ziegelwiese zu mehr Sauberkeit geführt hat.

zu 8.1 mündliche Information zur Erarbeitung eines Baulücken- und Leerstandskatasters

Herr Lunebach informierte über den Stand der Untersuchungen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 mündliche Information zum neuen BauGB

Herr Lunebach ging auf die Änderungen des BauGB vom Januar 2007 und die Auswirkungen auf die Stadt ein.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Frau Schmiedehaus
Protokollführerin

Herr Dr. Pohlack
Beigeordneter

Herr Sänger
Vorsitzender